

lich machen. Dies wäre schon bei der deutschen Vereinigung so gewesen, und dies gilt auch heute. These VIII lautet daher:

These VIII: Ein wirklich gebildeter Bürger ist bereit, sich zur Unterstützung der Schulen und in der Jugendarbeit zu engagieren, bei der Qualifizierung von Jugendlichen zu helfen, in Projekten der kriminalpräventiven Räte mitzuarbeiten, sich aktiv um die Integration von Einwanderern zu kümmern. Und er ist willens, Steuern zu zahlen, d.h. dem Staat zu geben, was der Staat braucht, damit der innere Frieden gewahrt bleibt.

Die Republik als moralische Anstalt?

Aus New York kommend hat das Konzept der „zero tolerance“ in diesem Herbst auch die intellektuelle Szene Frankreichs erreicht. (Zu dieser vgl. auch den Beitrag von Karin Priester im vorliegenden Heft.) Acht renommierte Autoren der Linken im weitesten Sinne, sonst oft zerstritten, haben sich zusammengetan und in „Le Monde“ (4. 9. 1998) einen ganzseitigen Aufruf publiziert („Républicains, n'ayons plus peur!“), der gegen so gut wie alle Regeln der politischen Korrektheit verstößt. „Kommen Sie wieder zu sich, meine Damen und Herren Professoren!“ antwortete 14 Tage darauf („Le Monde“, 17. 9. 1998) Alain Minc, bekannter Publizist und eine Art Chefideologe des liberalen Establishments, und zog den Law & Order-Appell „unter dem Deckmantel der Republik“ ins Lächerliche. Ins gleiche Horn stieß in derselben Ausgabe der Rechtswissenschaftler Jean-Jacques Dupeyroux. – Gezeichnet haben den Appell Régis Debray, der Schriftsteller Max Gallo, der Publizist Jacques Julliard („Nouvel Observateur“), die Philosophieprofessorin Blandine Kriegel, der Chefredakteur der Zeitschrift „Esprit“ Olivier Mongin, die Historikerin Mona Ozouf sowie Anicet Le Pors, Minister a.D., und Paul Thibaud, vor Mongin langjähriger „Esprit“-Chef. Nachstehend der Wortlaut ihres Textes sowie Alain Minc's Replik in eigener Übersetzung. – D.Red.

Republikaner, laßt uns die Angst überwinden! – Beitrag von Régis Debray, Max Gallo, Jacques Julliard, Blandine Kriegel, Olivier Mongin, Mona Ozouf, Anicet Le Pors und Paul Thibaud in „Le Monde“ vom 4. September 1998 (Wortlaut)

Wir, die Unterzeichner haben oft heftig miteinander gestritten. „Pro-Europäer“, die in der Europäischen Union ein Mittel gegen die ungezügelte Globalisierung sehen, contra „Maastricht-Gegner“, die gerade die EU als deren trojanisches Pferd betrachten, Befürworter versus Gegner der französischen Beteiligung am Golf-Krieg, „erste“ gegen „zweite“ Linke. Ohne von unseren durchaus handfesten Kontroversen zu lassen, scheint uns doch die Zeit gekommen, gemeinsam einen zur Zeit noch dringenderen Streit zu führen.

Der Anwendung des Gesetzes entgegenzuwirken, ist zum ABC des politischen Handelns der Interessengruppen geworden. Man verstehe uns recht: Es gibt in der Geschichte einer Gesellschaft singuläre Momente, wo das Gesetz derart offensichtlich gleichbedeutend ist mit Ungerechtigkeit, daß Widerstand zur ersten Bürgerpflicht wird. Die Verfassung des Jahres I (1791) sah diese Möglichkeit sogar ausdrücklich vor. Dennoch hieße die dauerhafte Etablierung der Rechtspraxis außerhalb des Gesetzes, die Grundlagen der Demokratie zu zerstören und sie durch ein bloßes Spiel der Kräfte zu ersetzen. So reicht es mittlerweile aus, daß eine Gruppe sich als zornig (en colère) bezeichnet, und schon spricht dieser – zwangsläufig legitime – Zorn sie frei. So entsteht eine neue Sozialphilosophie: die des Konsumenten anstelle des Staatsbürgers, die des Hilfeempfängers anstelle des Anspruchsberechtigten, die des Opfers anstelle des Aktivisten. Die öffentliche Meinung glaubt mittlerweile, daß es keine übergeordneten Normen mehr gibt, sondern nur noch spezifische Situationen, die fallweise zu regeln sind. Unter dem Vorwand positiver Diskriminierung werden die Vorkämpfer der Gerechtigkeit aufgefordert, sich wie Barmherzige Schwestern zu verhalten.

Täuschen wir uns nicht: Der Rumpfstaat der Liberalen und der Null-Risiko-Staat eines Teils der heutigen Linken widersprechen sich nicht, sondern sie ergänzen einander. Die Staatsbürgerschaft wird ein leeres Wort, wenn ganze Gruppen von Bürgern sich dem Zugriff des Gesetzes entziehen. Die herrschenden Klassen aus Politik und Wirtschaft haben ein schlechtes Beispiel gegeben. Ihre Verfehlungen sind von einer lange Zeit gefälligen Justiz kaum bestraft worden. Erst seit kurzem hat man begonnen, sie für den Zustand der öffentlichen Finanzen verantwortlich zu machen. Jeder hat aus dem schlechten Beispiel der Eliten für sich Rechte abgeleitet. Die Bauern haben unseren Freiheiten eine neue hinzugefügt: das Recht die Straße zu blockieren. Fernfahrer, Zweiradfahrer und Jäger sind gefürchtete Lobbygruppen geworden.

Wetlauf zwischen Restauration und republikanischer Neubegründung

Dieser Verfall der Legalität zugunsten des direkten Protestes sozialer Gruppen, der sich nach ihrer Fähigkeit zur Blockade bestimmt, mag Rechtsliberale und Linkslibertäre freuen. Aber die demokratischen Republikaner können das nicht hinnehmen, weil es nicht allen den gleichen Zugang gewährt. Der den Liberalen so teure ausschließlich negative Gesetzesbegriff kann die soziale Ordnung lediglich unverändert reproduzieren und unterbindet jede Hoffnung darauf, sie gerechter zu machen. Die Zustimmung immer breiterer Bevölkerungsschichten zur Idee der Republik im Laufe des 19. Jahrhunderts basierte auf dem Glauben an die reformierende Wirkung des Gesetzes und seine Fähigkeit, die Ungleichheit zu beseitigen.

In dieser Hinsicht fordert der wachsende Schatten des Rechtsextremismus in der politischen und geistigen Landschaft zu einer kollektiven Gewissensprüfung heraus. Denn je mehr der Staat zurückwich und den Kopf einzog, desto weiter rückte der Front National im Lande vor. Auf die Gefahr hin zu übertreiben, wagen wir zu behaupten, daß die Republik heute von Grund auf erneuert werden muß, wenn wir sie nicht morgen stillschweigend gestürzt sehen wollen. Denn wenn das Verlangen nach Normen und Werten nicht von den Verfechtern der Republik befriedigt wird, wird es früher oder später unter fremden oder eigenem Namen von den Anhängern eines primitiven Tribalismus befriedigt. Und das wird nicht mehr die Gleichheit aller vor dem Gesetz sein, sondern das Recht des Stärkeren, unterfüttert vom Regiment der Moral.

Beunruhigend erscheint die sich vertiefende Kluft zwischen der Wirklichkeit, die unsere Mitbürger erleben, und der Realitätsprojektion der Bildschirme; zwischen den politisch korrekten Ideen wohlmeinender Autoren in Leitartikeln, ihren Belehrungen und Petitionen einerseits und den im Stillen durch die Erfahrung erhärteten Ansichten der Bevölkerung auf der anderen Seite, besonders jener 13 Millionen Franzosen, die in Sozialwohnungen (HLM) leben. Um es ganz deutlich zu sagen: die Kluft zwischen dem moralischen und legitimen Frankreich von Paris und dem Frankreich der Vorstädte, das kaum mit Polizei versorgt und demoralisiert ist, wo aber – wider Willen – die Hälfte der Bevölkerung lebt.

Bis zu welchem Punkt kann man das Realitätsprinzip der intellektuellen Version des Lustprinzips, der Lust am Prinzip, opfern? Während der letzten Jahrzehnte galt es auf der Linken beispielsweise als politisch nicht korrekt, das Sicherheitsproblem der großen Städte zu erwähnen, denn das hätte geheißen, „der Macht in die Hände zu spielen“ und sicherheitspolitische „Gespenster“ zu beschwören. Leider werden diese „Gespenster“ immer greifbarer. Wenn die gesellschaftliche Realität politisch nicht korrekt ist, muß man sie dann verschweigen? Kasteien wir unsere Sprache. Bleiben wir unter uns. Und man verhülle, was wir zu sehen nicht ertragen; etwa die aberwitzige Geburt ethnischer Ghettos am Rande unserer Städte.

Geben wir denn dem Lockruf des Rassismus nach, wenn wir konstatieren, daß die Viertel mit der höchsten illegalen Einwanderung zugleich diejenigen mit den größten Gewaltproblemen sind (Armut und Arbeitslosigkeit lassen keinen Ausweg)? Daß die Zahl der registrierten Vergewaltigungen sich in den letzten 10 Jahren verdreifacht hat? Daß man von Eltern verlangen kann, als Gegenleistung für die Zuwendungen, die sie von der Gesellschaft erhalten, ihre elterliche Verantwortung wahrzunehmen?

Die Linke von 1789 hat bereits die egalitäre Freiheitsidee der souveränen Nation an eine faschistoide Rechte abgetreten; ebenso die Trikolore, das Emblem der Revolution, wie auch die Gestalt der Jeanne d'Arc, der Tochter des Volkes, die noch Michelet so teuer war. Muß man dieser Rechten auch noch das Monopol auf störende Realitäten lassen? Was Leitartikler von oben herab empfehlen, verflüchtigt sich leider auf dem Grunde der Wahlurnen. Die Wähler-

massen, die falsch wählen, und die Handvoll einflußreicher Personen, die das Richtige denken, haben in einer Demokratie nicht das gleiche Gewicht; und was aus der Seite „Debatten“ rausfliegt, kehrt über die Seite „Regionales“ in unsere Zeitungen zurück. Der beste Weg, dem Unannehmbaren vorzubeugen, besteht darin, daß wir den gegenwärtigen Wettlauf zwischen reaktionärer Restauration und republikanischer Neubegründung gewinnen.

Neubegründung der Republik, hier und jetzt, bedeutet, sich Staatsbürgerschaft als eine lange Kette vorzustellen, deren Glieder einst Vater, Lehrer, Bürgermeister, Offizier, Arbeitskollege, Betriebsrat, Partei- oder Gewerkschaftssekretär hießen. Diese Kette tradierter Autoritäten ist heute aufgelöst: Die Familie entwertet oder zerbrochen - Vater arbeitslos, Mutter abwesend, Großeltern abgeschoben ins Heim; die Schule deklassiert und in Auflösung wegen mangelnder Perspektiven und der Dominanz des Fernsehens; der Schmelztiegel des Militärdienstes verschwunden; Arbeit unmöglich oder atomisiert; die klassischen Parteien und Gewerkschaften marginalisiert. Alle diese Krisen kumulieren am Ende und machen die Einführung eines Jungendlichen (selbst in die einfachsten Disziplinen) praktisch zweck- und ziellos.

Sind die traditionellen Autoritäten und Orientierungspunkte erst einmal aufgelöst, deren geregelte Abfolge früher die Integration benachteiligter Jugendlicher und der Einwanderer erlaubte, bleibt im unsicheren Terrain nichts mehr zurück als entwurzelte Individuen, die den Nationalismen ihres Viertels, einer primitiven Gruppen- oder Bandensolidarität, der Faszination der Rolle des Gangleaders oder des schnellen Geldes, den virtuellen und televisuellen Wundern ausgeliefert sind. Das Ganze bei völliger Unkenntnis unserer Institutionen, der Existenz eines rechtlichen Rahmens, ja selbst der Idee des Gesetzes.

Vielerorts ist der Streifenpolizist die erste Autoritätsperson, der ein junger Franzose von der Straße begegnet. Erwarten wir nicht von Goldorak, daß er das „Defizit sozialer Bindung“ für uns kompensiert. Ebenso wenig würde man von einem Feuerwehrmann, der zu einem Brand in der Crédit Lyonnais geschickt wird, erwarten, daß er dort die Bilanzen bereinigt. Genauso wäre es sinnlos und sogar feige, die Rolle des Staates auf die des Richters zu reduzieren. Die Justiz ist ein Palliativ, keine Lösung (und das aus gutem Grund, denn das, was den Normalbürger am meisten stört, entzieht sich ohnehin dem Strafgesetz). Und wie soll man von der Schule fordern, daß sie mit ihren bescheidenen Mitteln all das in Ordnung bringt, was sich die Republik im Verlauf der letzten Jahre – außerhalb des schulischen und universitären Bereiches – kaputtmachen ließ?

Man kann auf das allumfassende Gegenprojekt setzen. Man kann aber auch auf die Gefahr hin, an „kritischer Radikalität“ zu verlieren, mit Hebeln arbeiten, die eher in unserer Reichweite liegen. Und zwischen unserer Haustür und dem Traum von der Weltveränderung kann man bescheiden einen Mittelweg in unserer eigenen Lebenswelt suchen. Wenn man in unserem Land Lehrer sieht, die ihre Beschämung darüber gestehen, heute diesen Beruf auszuüben, wenn man Millionäre sieht, die ganz legal die Vermögenssteuer umgehen, oder jene Kl ngel, die seit langem die öffentliche Unterstützung für die Landwirtschaft einstecken, so ist es nicht abwegig zu glauben, daß diese Schandflecken irgendwie an uns liegen.

Die neue Stadt-, Bildungs-, und Rechtspolitik, die neue Verwaltung, mit einem Wort die Reform des Staates an sich, wird steril bleiben, wenn wir nicht eine Aufbruchsstimmung erzeugen, die – beginnend bei unseren Regierenden – die gesamte Bürgerschaft einbezieht. Wenn die Disziplin nicht wiederhergestellt wird, wenn die Erziehung nicht ihre Würde und Bestimmung, die Erzieher nicht die Moral und die Schüler nicht die Lust am Lernen wiederentdecken, werden die „zusätzlichen Geldmittel“ reine Verschwendung.

In den Herzen und in den Köpfen wird sich dieser Kampf entscheiden. Unten wie oben. Unten, wenn „die da oben“ anfangen. Denn die öffentlichen Gewalten müssen das Vorbild geben, indem sie Alkohol in den Amtsstuben mit genausoviel Eifer verfolgen wie Crack in der City. Wenn „die da oben“ nicht den Weg weisen, wie soll dann unten der politische Wille an die Stelle der Beschwörungen, die Entscheidung an die Stelle der frommen Wünsche treten. Es gibt keine Nebensachen, und die trivialsten Maßnahmen entscheiden letztenendes über die schwierigsten, wie es der Erfolg der „zero tolerance“-Idee in der gefährlichsten Metropole des Westens zeigt. Nicht jeder Haschraucher wird als Heroins chtiger enden, aber jeder Heroins chtige hat mit Hasch begonnen. Begegnen wir der kleinen Grobheit mit „zero tolerance“, können wir morgen im großen dem Mangel an Bürgersinn abhelfen. Die „Randale in der Stadt“ fängt an mit dem Herausreißen von Briefkästen, dem Herumtrampeln in städtischen Blumenbeeten,

den Schmierereien auf frisch gestrichenen Schulwänden. Die „Gewalt in der Schule“ beginnt mit dem Duzen des Lehrers, mit Walkman-Hören auf dem Schulhof und demonstrativ provozierendem Verhalten der Schüler, Jungen wie Mädchen, während des Unterrichts. Doch wie soll man gegen die Grobheit der Kleinen vorgehen, wenn die Unkultur der Großen, die Steuerhinterziehung, toleriert wird?

Aber woher kommt diese ganz normale Hoffnungslosigkeit? Zunächst von der Arbeitslosigkeit, aber auch daher, daß die Verantwortlichen keine Antworten geben. Hohe Beamte wechseln in die Privatwirtschaft und geben in immer größerer Zahl den Dienst am Gemeinwohl auf. Und das Elend der kleinen Beamten? In den Vorstädten ist das „Frontpersonal“ – Sozialarbeiter, ehrenamtliche Vereine, Erzieher – drauf und dran zusammenzubrechen. Das Erziehungsministerium ist nicht mehr imstande, alle Schulleiterstellen zu besetzen – aus Mangel an Bewerbern. Die Lehrer selbst gehen oder werden depressiv. Humanitäre Organisationen geben auf, machen den Laden dicht, Polizeistreifen patrouillieren seltener oder schauen weg. Und wie sollte man auch nicht resignieren, wenn vor aller Augen erst der fürsorgende, dann der erziehende und jetzt der strafende Staat seinen Abschied nimmt? Was taugt ein Gesetz, wenn man nicht mehr den Mut hat, für seine Einhaltung zu sorgen?

Die Diskrepanz zwischen den plakativen Erklärungen und der Verwahrlosung in der Praxis, zwischen dem Verhalten und den Reden der Amtsinhaber, wird bald die Heuchelei zum obersten Prinzip der Republik machen. Nehmen wir das – an sich nicht sehr ruhmreiche – Beispiel des Strafrechts, denn es entlarvt das allgemeine Doppelspiel um so besser, je banaler die Fragen sind, um die es geht. In Kommissionen und Gutachten wird aufs Ernsthafteste über die Legalisierung von Drogen diskutiert. Als ob die Rechtsprechung nicht schon längst aufgegeben hätte! Das Betäubungsmittelgesetz unterscheidet zwar nicht zwischen harten und weichen Drogen, aber es ist schon lange her, daß ein Richter zum letzten Mal den Konsum und Handel von weniger als 10 g Cannabis verfolgt hat

Es gab viel Lärm um eine Reform der Strafverfolgung. Warum geben wir nicht erst einmal zu, daß heute 80% der Verfahren eingestellt werden, daß 50% der polizeilich aufgenommenen Delikte nicht weiter verfolgt werden, und daß Gefängnisstrafen unterhalb eines Jahres von vielen Gerichten gar nicht mehr exekutiert werden? Für diese Entscheidung gibt es gute sachliche Gründe. Etwa der Mangel an Geld und Personal. Die französische Justiz hat heute ebensoviele Richter und Staatsanwälte wie 1867...? Mag sein, aber dann das sollte man uns das offen sagen und nicht so tun, als beklage man die Ausbreitung einer Parallelwelt unter den Jugendlichen, in der selbst das mörderischste Handeln niemals Konsequenzen hat. Wenn das Gesetz der Republik, das die Schwächsten schützt, sich auflöst, muß man sich dann darüber wundern, daß das Gesetz der Unterwelt an seine Stelle tritt, jenes des Dschungels? Die Reichen hingegen haben immer die Möglichkeit, die Erziehung ihrer Kinder und die Sicherheit ihres Wohnviertels zu privatisieren...

Die Weigerung zu strafen, der erste kleine Schritt auf dem Weg in die Hölle, erwächst aus Gutherzigkeit. Das Gesetz des guten Herzens möchte lieber vorbeugen als unterdrücken, so als wäre die Repression nicht wesentlicher Bestandteil der Prävention. Es träumt davon, Strafe durch Hilfestellung zu ersetzen. Man gesteht sich nicht mehr das Recht zu, auf eine Norm oder Regel zu verweisen, und noch weniger – *horresco referens* – sie anzuwenden.

Die Institution, sagt man, tut dem Individuum Gewalt an. Sie unterdrückt seine Natur. So hat man die notwendige Modernisierung der Institutionen mit der Ablehnung des Prinzips der Institution selbst verwechselt – als könne man sie nicht reformieren, ohne sie vorher zerstört zu haben. Schaffen Sie Klassenarbeiten und Hausaufgaben ab, und Sie werden die Kreativität der Schüler anregen... Deregulieren Sie die Wirtschaft, und alle Armen werden reich...

Sollte die Gleichung der 68er aufgegangen sein: die Verbindung universeller und abstrakter Rechte mit der Herrschaft der Ware? Konkret: Die Marktbeziehungen wurden zur Quelle des Rechts, und die Verantwortung für soziale Bindungen wird an den Konsum abgegeben – die Konsumtion von Bildern, Marken, Lebensstilen unter dem Samthandschuh des Werbeexperten. Fügen Sie diesem Allgemeinplatz für gehobene Ansprüche noch ein Körnchen erfrischenden Anarchismus à la Bohème bei – mit oft durchaus gelungenen ästhetischen Reizen, die unsere Künstler mit gutem Recht schätzen –, und man erhält eine bestens legitimierte, ebenso sympathische wie antirepublikanische Atmosphäre der Einschüchterung, die unsere Medien

nach Lust und Laune variieren. Und das ist gut so, denn das alles lenkt davon ab, daß Widerstand auf der Tagesordnung steht.

Was können wir tun?

Der großen Worte überdrüssig, will der Bürger nun zu Recht Taten sehen. Die Not der Republik und die Phrasenmüdigkeit tragen in uns einen Kampf aus. Ist es denn unmöglich, Energie und Realismus zu vereinen? Wäre es nicht sinnvoller, sich bescheidene Ziele zu setzen, die unseren Möglichkeiten entsprechen, als Programme oder Gesetze zu verkünden, für deren Umsetzung dann weder die Mittel noch der Willen vorhanden sind? So etwas kann dann letztendlich Zehntausende von „sans papiers“, von offiziell anerkannten illegalen Einwanderern, hervorbringen, die im Prinzip ausgewiesen werden könnten, aber nicht in der Praxis.

Man sage uns, was heute in Frankreich dagegen spräche, die folgenden Gruppen in die Verantwortung zu nehmen:

- *die Erwachsenen* in ihrem Sozialverhalten, indem man die Antirassismusetzungen besonders in den problematischsten Bereichen, bei der Arbeits- und Wohnungssuche, praktiziert. Dies würde es erlauben, Wohnungsbesitzer und Firmenchefs, die Bewerber aufgrund ihres Äußeren oder ihres Namens ablehnen, zu bestrafen;

- *den Staatsdienst*, indem man gegenüber Eingriffen und finanziellen Versuchungen von privater Seite seine ganze Würde wiederherstellt. Der hohe öffentliche Dienst soll wieder aufgewertet werden, aber nur unter der Bedingung, daß der Abgang hoher Staatsbeamter in die Privatwirtschaft (und damit auch die Gewißheit, daß sie nach einem Scheitern in der Wirtschaft still und leise an ihre alte Stelle zurückkehren können) verboten wird;

- *die öffentlichen Sicherheitsdienste*, damit sie der schlimmsten Grobheiten des Alltags Herr werden können. Es ist nicht hinnehmbar, daß eine Lehrerin, die am Ende des Tages in der Metro von einem Dutzend jugendlicher „begleitet“ wird, die sie beleidigen und mit Vergewaltigung bedrohen, auf einen Polizisten trifft, der sagt, da der Rechtsbruch nicht begangen sei, nähme kein Richter seine Anzeige ernst. Das mindeste wäre eine Vorladung der Täter auf das nächste Polizeirevier;

- *die ausländischen Bewerber auf Einbürgerung*: Von ihnen kann man ein Minimum an Akzeptanz der republikanischen Werte fordern (konkret: die Fähigkeit, Französisch zu lesen und zu schreiben und Beachtung des laizistischen Prinzips in der Öffentlichkeit);

- *die internationalen Partner Frankreichs*, aus deren Ländern die größten Einwanderungsströme kommen, indem man bilaterale Verträge abschließt, die eine Berufsausbildung sowie eine freiwillige Rückkehr der Arbeiter unabhängig von ihrem Rechtsstatus vorsehen;

- *die Jugendlichen*, indem man das Alter der Strafmündigkeit von 18 auf 16 Jahre senkt; denn heutzutage kann man mit 10 Schmiere stehen, mit 13 ein Auto stehlen und mit 16 töten. Die obligatorische Entschuldigung der Minderjährigkeit und die mögliche Entschuldigung der Minderjährigkeit als Milderungsgrund, die zu oft die Straffreiheit der jungen Täter garantieren, entleeren das Strafverfahren seines Sinns;

- *die Schüler* in Gymnasien und Universitäten: Wiederherstellung einer elementaren Disziplin und eines Minimums an Rahmengenbung;

- auch *die Lehrer* sind gefordert. Diese müssen das Fernbleiben von der Schule ahnden (wo doch einige dies lieber stillschweigend übergehen, um die Eltern nicht ihrer staatlichen Familienbeihilfe zu berauben, wie das Gesetz es vorsieht). Es ist an den Schulleitern, sie dabei zu unterstützen, auch auf die Gefahr hin, daß sie Verstöße gegen das Berufsethos bestrafen müssen, die aber selten vorkommen.

Das Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz, ist, indem es sich von der Realität gelöst hat, praktisch aus dem Bewußsein verschwunden. Frankreich, das sich während der Fußballweltmeisterschaft selbst eine gute Medizin gegen Depression verabreichte, erwartet nun von seinen Verantwortlichen eine Botschaft der Zuversicht, aber ohne Täuschung und Heuchelei. Diejenigen, denen es gelingt, die Notwendigkeit der Rückkehr zum Gesetz mit den Anforderungen des sozialen Fortschritts zu verbinden, werden auf lange Zeit den staatsbürgerlichen Kampf für sich entschieden haben.